

**Vorlage Nr. 19/597-L**  
**für die Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen**  
**am 19.09.2018**

**IAB-Betriebspanel – Auswertung der Befragung in 2017 für das Land Bremen**

**A. Problem**

Im Auftrag des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit werden seit Mitte der 1990er Jahre alljährlich vom Institut Kantar Public Deutschland bundesweit repräsentative Betriebsbefragungen zum Thema „Beschäftigungstrends“ durchgeführt. Über eine Aufstockung der Stichprobe können länderspezifische Auswertungen vorgenommen werden. Das Land Bremen beteiligt sich hieran seit dem Jahr 2000. Für die Befragungswelle 2017 liegen verwertbare Interviews von rund 15.400 Betrieben vor. Darunter befinden sich 828 Betriebe aus Bremen und Bremerhaven. Die befragten Betriebe repräsentieren die Grundgesamtheit aller Betriebe mit mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Das IAB-Betriebspanel ist die einzige systematische und wissenschaftlich validierte Befragung von Betrieben, aus der vielfältig differenzierte Aussagen zu Beschäftigungstrends und Personalplanungen abgeleitet werden können. Die jährliche Befragung von möglichst den selben Betrieben mit den daraus resultierenden Zeitreihen erlaubt es, strukturelle Veränderungen auf der Nachfrageseite des Arbeitsmarktes nachzuzeichnen und damit aktuelle und künftige Probleme besser zu erkennen.

Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen hat das Institut für Sozialökonomische Strukturanalysen (SÖSTRA) mit der Auswertung der IAB-Betriebspanelbefragung für das Land Bremen beauftragt. Das Vorhaben wird mit finanzieller Unterstützung der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen der Bundesagentur für Arbeit und des ESF des Landes Bremen durchgeführt.

Im Rahmen eines Workshops, der am 26. Oktober 2018 stattfinden wird, werden ausgewählte Ergebnisse des IAB-Betriebspanels vorgestellt und mit Vertretern aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft diskutiert.

## **B. Lösung**

Mit dieser Vorlage legt der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen eine Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse des IAB-Betriebspanels Bremen 2017 vor. Der vollständige Bericht ist auf dem Internetauftritt des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen als Download abrufbar:

[https://www.wirtschaft.bremen.de/arbeit/arbeiten\\_in\\_bremen\\_bremerhaven/beschaeftigungstrends-9898](https://www.wirtschaft.bremen.de/arbeit/arbeiten_in_bremen_bremerhaven/beschaeftigungstrends-9898)

Im Folgenden werden zentrale Befunde zusammenfassend beschrieben:

### **Beschäftigungsentwicklung und Fachkräftebedarf**

- Das Beschäftigungswachstum setzte sich 2017 weiter fort und die Aussichten sind positiv: jeder fünfte Bremer Betrieb (21%) gab an, die Zahl der Beschäftigten weiter steigern zu wollen.
- Die Nachfrage nach Fachkräften hat abermals – und im Vergleich zum Bundesdurchschnitt überdurchschnittlich – zugenommen. Mehr als jeder dritte der Bremer Betriebe (37%) hatte im ersten Halbjahr mindestens eine Stelle für Fachkräfte zu besetzen. Insgesamt wurden im ersten Halbjahr 2017 hochgerechnet ca. 35 bis 37 Tsd. Fachkräfte gesucht. Zum Vergleich: Vor zehn Jahren wurden lediglich rd. 18 Tsd. Fachkräfte von den Bremer Betrieben gesucht.
- Infolge der gestiegenen Nachfrage haben die Schwierigkeiten, Stellen mit geeigneten Fachkräften zu besetzen, zugenommen. Dennoch konnte mehr als die Hälfte der Betriebe (54%) ihren Bedarf an Fachkräften vollständig decken. Dies spricht für das regionale Angebot an Fachkräften und für die Attraktivität der Region, denn bundesweit gelang das nur noch jedem zweiten Betrieb.

### **Befristete Beschäftigung**

- Obwohl es den Betrieben offenbar deutlich schwerer fällt, freie Stellen zu besetzen, handelt es sich bei 43% der Neueinstellungen um befristete Beschäftigungsverhältnisse (westdt. Großstädte 47%).

- In 18% der bremischen Betriebe gab es zum Stichtag der Befragung mindestens einen befristet beschäftigten Arbeitnehmer. Gemessen an allen Arbeitnehmern sind 10% der Beschäftigten befristet beschäftigt.
- Von den befristet beschäftigten Arbeitnehmern waren 69% sachgrundlos befristet beschäftigt. In Bremen war der Anteil von sachgrundlos befristet Beschäftigten damit höher als in anderen Regionen (westdt. Großstädte: 62%, Bundesdurchschnitt: 53%).
- Von allen befristet eingestellten Arbeitnehmern, deren Befristung im ersten Halbjahr 2017 endete, wurden 27 % in ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis im selben Betrieb übernommen. Der Anteil war damit wesentlich kleiner als in anderen Regionen (westdt. Großstädte: 45 %, Bundesdurchschnitt: 41 %). Weitere 30% wurden erneut befristet beschäftigt, 43% sind aus dem Betrieb ausgeschieden.

### **Einsatz digitaler Informations- und Kommunikationstechnologien**

- Fast acht von zehn Betrieben im Land Bremen (79%) nutzen einen Internetanschluss wie beispielsweise DSL, UMTS oder LTE. Die überwiegende Mehrheit der Nutzer (80%) beurteilt die Leitungskapazität des verfügbaren Anschlusses als ausreichend.
- Digitale Informations- und Kommunikationstechnologien werden mittlerweile breit genutzt. In nahezu jedem Betrieb werden IT-gestützte Arbeitsmittel sowie mobile Endgeräte eingesetzt. Allerdings bleibt der Einsatz digitaler Informations- und Kommunikationstechnologien meist auf Basistechnologien beschränkt. Die Nutzung darüber hinausgehender digitaler Technologien wie z. B. Software zur Optimierung von Arbeitsprozessen, digitale Verkaufsplattformen oder der Einsatz sozialer Netzwerke für die Personalrekrutierung, sind deutlich weniger verbreitet.
- Der Digitalisierungsgrad nach der Zahl der eingesetzten digitalen Informations- und Kommunikationstechnologien ist in Bremen leicht unterdurchschnittlich. 38% der Bremer Betriebe weisen einen geringen und 56% der Betriebe einen mittleren Digitalisierungsgrad auf (westdt. Großstadt 33%; 60%). In 6% der Bremer Betriebe werden bereits mehr als fünf digitale Technologien eingesetzt.
- Diese „digitalen Vorreiter“ beschäftigen fast ein Viertel der bremischen Arbeitnehmer (23%). Positive Beschäftigungsentwicklung: Diese Betriebe haben ihre Beschäftigtenzahl um +5% und damit überdurchschnittlich erhöht.

## **Auswirkungen digitaler Informations- und Kommunikationstechnologien auf die Arbeitswelt**

- Die stärksten Auswirkungen erwarten die befragten Arbeitgeber bei den Arbeitsinhalten: 44 % der Betriebe in Bremen sind der Meinung, dass die zu erledigenden Arbeitsaufgaben durch den Einsatz digitaler Informations- und Kommunikationstechnologien vielfältiger werden, 35 % gehen von einer Zunahme der parallel zu erledigenden Tätigkeiten und 33 % von einer höheren Komplexität der Arbeitsaufgaben aus.
- Lediglich 16 % sind der Meinung, dass durch den Einsatz digitaler Technologien die Beschäftigten künftig stärker über Zeit und Ort der Aufgabenerledigung bestimmen können. Allerdings bestehen hier deutliche branchenbezogene Unterschiede (Wirtschaftsbezogene Dienstleistungen 33%; Bauwesen 2%).
- Infolge der digital ermöglichten Entgrenzung der Arbeitswelt wird mit einer Zunahme der psychischen Beanspruchungen gerechnet. 22% der Bremer Betriebe und mehr als die Hälfte der „digitalen Vorreiter“ (52%) sind der Auffassung, dass psychische Belastungen mit dem Einsatz digitaler Techniken zunehmen werden.

## **Weiterbildungsaktivitäten**

- Die Weiterbildungsbeteiligung der bremischen Wirtschaft ist im letzten Jahr gestiegen. Rund 56 % der Betriebe haben ihren Beschäftigten die Teilnahme an einer Fort- oder Weiterbildungsmaßnahme durch eine Kostenübernahme oder eine Freistellung von der Arbeit ermöglicht. Damit erreichte die Weiterbildungsbeteiligung einen neuen Höchstwert.
- Die Weiterbildungsquote, welche den Anteil der Weiterbildungsteilnehmer an allen Beschäftigten misst, ist ebenfalls gestiegen. Mit 50% wurde auch hier ein neuer Höchstwert erreicht. Frauen und Männer konnten gleichermaßen profitieren (Weiterbildungsquote jeweils 50%).
- Zwar rechnen 43 % der Betriebe infolge der Digitalisierung mit einem erhöhten Weiterbildungsbedarf. Die Verantwortung für die Anpassung der beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten an den digitalen Wandel sehen viele befragte Arbeitgeber jedoch bei ihren Mitarbeitern (41 %). Diese Haltung ist insb. bei den „digitalen Vorreitern“ ausgeprägt: 77% der „digitalen Vorreiter“ sind der

Meinung, dass der Bedarf an Fort- und Weiterbildung zunehmen wird, ebenso viele sehen die Verantwortung dafür bei den Beschäftigten.

### **Ausbildungsbeteiligung**

- Im letzten Jahr hat sich jeder zweite bremische ausbildungsberechtigte Betrieb an der Ausbildung beteiligt. Die Ausbildungsbeteiligung lag damit leicht unter dem Niveau des Vorjahres. Hochgerechnet auf alle Betriebe, sowohl Betriebe mit als auch solche ohne Ausbildungsberechtigung, entspricht dies einem Anteil von rund 30 %.
- Für das zurückliegende Ausbildungsjahr 2016/2017 hatte fast jeder dritte ausbildungsberechtigte Betrieb in Bremen beabsichtigt, einen oder mehrere Ausbildungsplätze zu besetzen. In knapp 20 % der Betriebe mit einem Ausbildungsangebot konnte mindestens ein Ausbildungsplatz nicht besetzt werden.
- Insgesamt fand sich für hochgerechnet rd. 10% der zu besetzenden Ausbildungsstellen kein passender Bewerber. Im Vergleich zu den Vorjahren ist es den bremischen Betrieben damit weniger gut gelungen, ihre Ausbildungsplätze zu besetzen. Dennoch war der Anteil unbesetzter Ausbildungsstellen in Bremen nur rund halb so groß wie in anderen westdeutschen Großstädten (20%) oder im Bundesdurchschnitt (23%).

### **C. Finanzielle und personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung**

Keine finanziellen und personalwirtschaftlichen Auswirkungen.

Eine geschlechtsspezifische Erhebung von Daten ist im bundeseinheitlichen Fragebogen sichergestellt. Bei der Auswertung hierzu wird dies – soweit methodisch sinnvoll und technisch umsetzbar – berücksichtigt. Exemplarisch seien die Ergebnisse zur Weiterbildungsbeteiligung genannt (S. 56 ff.; Gesamtbericht).

### **D. Negative Mittelstandsbetroffenheit**

Die Prüfung nach dem Mittelstandsförderungsgesetz hat keine qualifizierte (negative) Betroffenheit für kleinste, kleine und mittlere Unternehmen ergeben.

## **E. Beschlussvorschlag**

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die Auswertung der IAB-Betriebspanelbefragung 2017 für das Land Bremen zur Kenntnis.